Absender (ggf. Logo der Mitgliedsorganisation)

Ministerpräsidenten/Ministerpräsidentin des Landes ….

Frau/Herrn (Akademischer Grad) Vorname Familienname

Anschrift

Ort, den

**Angehörigen-Entlastungsgesetz**

**Bitte um Zustimmung des Bundesrates am 29.11.2019**

Sehr geehrte/r Herr Ministerpräsident/Frau Ministerpräsidentin,

in dem am 7.11.2019 vom Bundestag beschlossenen Angehörigen-Entlastungsgesetz sind viele Verbesserungen für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen vorgesehen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung der 100.000 Euro-Grenze für alle Leistungen der Sozialhilfe, die Abschaffung des elterlichen Unterhaltsbeitrags in der Eingliederungshilfe, die dauerhafte Förderung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB), die Einführung eines Budgets für Ausbildung und die Klarstellung, dass Menschen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen Anspruch auf Grundsicherung haben.

Als betroffener Mensch mit Behinderung/betroffene Familie mit einem behinderten Angehörigen/Organisation, die sich für die Belange behinderter Menschen einsetzt/, würde/n ich/wir es deshalb sehr begrüßen, wenn das Gesetz wie geplant am 1.1.2020 in Kraft treten würde.

Der Stellungnahme des Bundesrates vom 11.10.2019 (BR-Drucksache 395/19) entnehme/n ich/wir, dass die Länder mit erheblichen Mehrbelastungen durch das Gesetz rechnen und die diesbezügliche Kostenschätzung der Bundesregierung in Frage stellen. Die Zustimmung des Bundesrates zu dem Gesetz und damit auch sein Inkrafttreten erscheinen daher zum jetzigen Zeitpunkt ungewiss.

Dies erfüllt mich/uns mit großer Sorge. Ich/Wir appelliere/n deshalb an Sie, gemeinsam mit den anderen Bundesländern den Finanzierungsstreit mit dem Bund beizulegen und dem Angehörigen-Entlastungsgesetz in der Sitzung des Bundesrates am 29.11.2019 zuzustimmen. Sie setzen hiermit ein starkes Signal für die Solidarität mit Menschen mit Behinderung und unterstützungsbedürftigen Familien.

Mit freundlichen Grüßen